

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Niklas Schenker (LINKE)

vom 14. November 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. November 2022)

zum Thema:

Verfall des Wohnhauses Gardeschützenweg 3/Hindenburgdamm 72

und **Antwort** vom 29. November 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Nov. 2022)

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Herrn Abgeordneten Niklas Schenker (Linke)
über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/ 13921

vom 14. November 2022

über Verfall des Wohnhauses Gardeschützenweg 3/Hindenburgdamm 72

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht allein aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird nachfolgend wiedergegeben.

Frage 1:

Welche Maßnahmen hat das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf in den letzten 6 Monaten unternommen, um den Leerstand des Wohnhauses zu beenden?

Frage 3:

Welche Maßnahmen hat das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf in den letzten 6 Monaten unternommen, um einen Treuhänder einzusetzen und inwiefern hat sich das Bezirksamt hierzu mit dem Senat verständigt?

Antwort zu 1 und 3:

Der Bezirk teilt hierzu Folgendes mit:

„Es haben Abstimmungsgespräche mit dem Wohnungs- und Rechtsamt stattgefunden. Zur Klärung diverser offener Fragen ist eine Abstimmung mit der zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen initiiert worden.“

Frage 2:

In welcher Höhe wurden bisher Buß- und Zwangsgelder festgesetzt und in welcher Höhe wurden diese beigetrieben?

Antwort zu 2:

Der Bezirk teilt hierzu Folgendes mit:

„Es wurden insgesamt 30.000 Euro Zwangsgelder festgesetzt, die vollständig vereinnahmt wurden. Weiterhin wurde im Rahmen eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens ein Bußgeld in Höhe von 187.000 Euro festgesetzt. Nach einem Einspruch gegen den Bescheid wurde vom Amtsgericht Tiergarten in der mündlichen Verhandlung ein Bußgeld in Höhe von lediglich 15.000 Euro zu Gunsten der Gerichtskasse festgesetzt. Von der Wohnungsaufsicht wurden keine Buß- und Zwangsgelder festgesetzt.“

Frage 4:

Sind die Voraussetzungen erfüllt, um einen Treuhänder einzusetzen und wenn nein, welche Fragen sind hierzu noch ungeklärt?

Antwort zu 4:

Der Bezirk teilt hierzu Folgendes mit:

„Die vielfältigen Fragen zur Prüfung der Möglichkeit einen Treuhänder einzusetzen konnten noch nicht abschließend geklärt werden. Auf die Beantwortung der Fragen zu 1. und 3. wird verwiesen.“

Frage 5:

Ist dem Bezirksamt oder dem Senat bekannt, dass der Eigentümer des Wohnhauses Gardeschützenweg 3/Hindenburgdamm 72 auch weitere Wohnhäuser in Berlin leer stehen lässt?

Antwort zu 5:

Der Bezirk teilt hierzu Folgendes mit:

„Dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin ist bekannt, dass noch weitere Immobilien dieses Eigentümers im Land Berlin leer stehen.“

Frage 6:

Wird das Wohnhaus im Gardeschützenweg 3/Hindenburgdamm 72 mittlerweile als „Schrottimmoblie“ erfasst und bestünde hier bei Verkauf ein kommunales Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 8 BauGB?

Antwort zu 6:

Dem Senat liegen hierzu keine Informationen vor.

Frage 7:

Welche Maßnahmen hat die bezirkliche Wohnungsaufsicht in den vergangenen 6 Monaten unternommen, um angemessene Wohnverhältnisse vor Ort wiederherzustellen?

Antwort zu 7:

Der Bezirk teilt hierzu mit:

„Die bezirkliche Wohnungsaufsicht hat keine Maßnahmen eingeleitet, da das Gebäude unbewohnt ist. Die Wohnungsaufsicht des Bezirkes Steglitz-Zehlendorf verfügt nur über einen Mitarbeiter.

Dieser hat die Vorgabe, die von Mieterinnen und Mietern bewohnten Wohnungen vorrangig in einen Zustand zurückzusetzen, der den Vorgaben des Wohnungsaufsichtsgesetzes entspricht. Schon diese Aufgabenstellung ist zeitlich kaum noch zu bewältigen. Die Personalkapazitäten sind erschöpft.“

Berlin, den 29.11.2022

In Vertretung

Geabler

.....

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen